

Dokumentation der Veranstaltung

6. Vernetzungstreffen des Landes-Demokratiezentrams für Vielfalt und Respekt

Diskriminierung und Ausgrenzung entgegenwirken.
Partizipation, Empowerment und Chancengleichheit für
Sinti*zze und Rom*nja

vom 28. Juni 2018

in der Werkstatt der Kulturen, Wissmannstraße 32, 12049 Berlin

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Inhaltsverzeichnis

- Fachvortrag: Bürger*innenrechtsbewegung der Sinti und Roma 1
- Präsentation: Dokumentation antiziganistisch motivierter Vorfälle in Berlin 1
- Offene Panel-Diskussion 2
- Diskussionsrunde: Empowerment und Partizipation fördern 8
- Impressum 11

Fachvortrag: Bürger*innenrechtsbewegung der Sinti und Roma

Julia Landgraf (Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma) und Anja Reuss (Zentralrat Deutscher Sinti und Roma)

Zusammenfassung der Diskussion/ Fragen:

Bei der Präsentation wurde die Bürger*innenrechtsbewegung der BRD vorgestellt. Auf die Nachfrage, wie es sich in der ehemaligen DDR verhalten habe, wurde genannt, dass die damalige Situation wenig erforscht sei. Vor dem Mauerfall seien viele Sinti*zze und Rom*nja in die BRD emigriert. In der DDR hätten nur ca. 300 Sinti*zze und Rom*nja gelebt.

Zu ihrer persönlichen Perspektive möchten sich die beiden Vortragenden nicht äußern.

Eine weitere Nachfrage galt den Beziehungen zu anderen europäischen Verbänden der Sinti*zze und Rom*nja. Es wurde genannt, dass das Dokumentations- und Kulturzentrum sowie der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma zahlreiche Beziehungen zu anderen Institutionen und Aktivist*innengruppen in anderen europäischen Ländern hätten. Informationen dazu können den Webseiten entnommen werden.

Im Anschluss wurde gefragt, was die Anerkennung als nationale Minderheit für die persönliche Realität der einzelnen Personen bedeute. Hier nannten die Vortragenden folgende Punkte:

- Hoher symbolischer Wert; Rückbezug
- Rechtlicher Wert: Rahmenübereinkünfte zum Schutz von nationalen Minderheiten
- Monitoring-Funktion/ Kontrolle/ Dokumentation/ Stellungnahmen
- Recht auf eigene Sprache und Kultur/ Institutionalisierung
- Kultureller und finanzieller Wert: Recht auf staatliche Förderung und Kulturförderung, Anerkennung und Sichtbarkeit

Zum Abschluss wurde darauf eingegangen, auf welcher Basis Statistiken zu Sinti*zze und Rom*nja erstellt werden, da eine Angabe zur Minderheitenzugehörigkeit freiwillig sei.

Präsentation: Dokumentation antiziganistisch motivierter Vorfälle in Berlin

Diana Botescu und Violeta Balog (Amaro Foro e.V.)

Zusammenfassung der Diskussion/ Fragen:

Eine erste Frage galt der Umsetzung des AGG und warum dieses nicht konsequent in die Praxis umgesetzt werde. Die Vortragenden erläuterten, dass das AGG im privaten und beruflichen Bereich greife. Es gebe aber prinzipiell dabei immer das Problem des Nachweises der Diskriminierung. Bei Leistungsbehörden beispielsweise hätten Betroffene oft Angst, benachteiligt zu werden.

Auf die allgemeine Frage der Anerkennung von Diskriminierung als Asylgrund in EU-Ländern wurde angeführt, dass Nordeuropäische Länder diese anerkennen. Welche Staaten konkret das sind, müsste noch recherchiert werden.

Auch hier wurde zum Abschluss noch auf die Repräsentativität der Statistik der polizeilich gemeldeten Vorfälle in Berlin eingegangen. Diese sei wenig repräsentativ, die Dunkelziffer sei sehr hoch. Es gebe Möglichkeiten zur größeren Sichtbarkeit von diskriminierenden Vorfällen, nämlich die Meldungen von Vorfällen an andere Organisationen und Anlaufstellen; Training und Informationsveranstaltungen bei Institutionen zur Sensibilisierung sowie Netzwerken. Auch die Berliner Polizei, insbesondere dem LKA fehle es noch an ausreichender Sensibilisierung für antiziganistisch motivierte Tatbestände.

Offene Panel-Diskussion

Diskussionsrunde: Sensibilisierung und Prävention in der Bildungsarbeit

Moderation: Miriam Camara (AKOMA Bildung und Kultur)

Hajdi Barz (Bildungsreferentin, IniRromnja Berlin); Petra Rosenberg (Vorsitzende des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin – Brandenburg) und Saraya Gomis (Antidiskriminierungsbeauftragte für Schulen, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie)

Petra Rosenberg wird von **Miriam Camara** über die Inhalte ihrer Aufklärungsarbeit an Schulen befragt. Die zentralen Themen, die sie den Schüler*innen vermittelt, seien:

- Geschichte, Kultur, Traditionen, Sprache der Sinti*innen und Rom*nja.
- Verfolgung während der NS-Zeit, Zeitreise anhand der Geschichte ihres Vaters Otto Rosenberg.

Eine weitere Frage betrifft den Umgang mit den Folgen von Diskriminierung nach 1945.

Die Völkermordverbrechen und die Verfolgung von Sinti*zze und Rom*nja während des Nationalsozialistischen Staates sei erst im Jahr 1982 anerkannt und bis dahin aus dem kollektiven historischen Gedächtnis verdrängt worden. Es habe bis dahin keine juristische oder gesellschaftspolitische Aufarbeitung gegeben. Auch die Mehrzahl der Lehrer*innenschaft nach 1945 habe an den deutschen Schulen weiter unterrichtet. Dies habe zu vielseitigen Benachteiligungen der Sinti*zze und Rom*nja im Bildungsbereich geführt. Um nicht von Diskriminierungen betroffen zu sein, hat auch Petra Rosenberg lange Zeit ihre Identität in der Öffentlichkeit verschwiegen. Sie machte ihr Abitur auf dem zweiten Bildungsweg und „outete“ sich erst während ihres Pädagogik-Studiums an der FU-Berlin. Das Thema der Benachteiligung im Bildungssystem für Sinti*zze und Rom*nja verarbeitete sie in ihrer Diplomarbeit mit dem Titel: „Bildungspolitische Ausgrenzung von deutschen Sinti und Roma in Vergangenheit und Gegenwart in der BRD“. Ihre eigenen Erfahrungen bringe sie bis heute in den Kampf für die Gleichberechtigung junger Sinti*zze und Rom*nja an deutschen Schulen ein.

Hajdi Barz analysierte im Rahmen des RomaniPhen Archiv insgesamt 76 Materialien/ Medien zu Bildung von Sinti*zze und Rom*nja bis 1990. Die Ergebnisse ihrer Arbeit sind alarmierend. Nur vier der untersuchten Texte wurden aus einer Sinti*zze und Rom*nja Perspektive geschrieben, die Restlichen wurden aus einer Außenperspektive und sehr klischeebehaftet formuliert. Teilweise zeigte sich eine unreflektierte Haltung bezüglich des Wissens um Rassismus. Nur vier Quellen erfüllen die Kriterien multiperspektivisch zu sein sowie Eigenbezeichnungen statt Fremdbezeichnungen zu benutzen. Das RomaniPhen hat ein Kriterienraster (insgesamt 36 Kriterien) gegen Gadjé-Rassismus auf ihrer Webseite veröffentlicht, die für Lehrenden eine selbstkritische Auseinandersetzung zum Thema anstoßen soll, rassistische Vorfälle erkennbar machen soll, beziehungsweise Schüler*innen vor rassistischen Erfahrungen schützen können.

Sie sieht einen gesellschaftlichen Handlungsbedarf darin, die Sicherheit für junge Sinti*zze und Rom*nja zu gewährleisten.

Saraya Gomis ist Ansprechpartnerin für Diskriminierungsvorfälle an Schulen. Sie wird von **Miriam Camara** gefragt, ob es Meldungen gibt, welche Art von Meldungen und was sie dann tut.

Laut Saraya Gomis gibt es Meldungen. Es wird mit verschiedenen Beratungsstellen zusammengearbeitet. Generell ist die Anzahl der Meldungen von Diskriminierungsvorfällen immer auch abhängig davon, wie stark die eigene Lobby gesellschaftlich präsent ist.

Mittlerweile wird für Sinti*zze und Rom*nja mehr Lobbyarbeit geleistet, es gibt auch viel Unterstützung aus der Aktivist*innen-Community, aber im Verhältnis mit anderen von Diskriminierung betroffenen Gruppen fehlt es immer noch an Präsenz und Stärke. Stereotypen über Sinti*zze und Rom*nja, wie beispielsweise das der Aggression, sind sehr wirkungsmächtig. Auch werden Menschen, die Beschwerden einreichen, häufig als Opfer stigmatisiert oder ihre Beschwerden werden als Instrumentalisierungen dargestellt. Nicht selten rät sie den betroffenen Kindern, beziehungsweise Erziehungsberechtigten zum Schulwechsel, da Veränderungsprozesse, insbesondere bei der Lehrer*innenschaft, nicht passierten. Sie sieht einen Handlungsbedarf darin, das Wissen um Diskriminierung und Rassismus in die Ausbildung der Lehrer*innen zu integrieren.

Sabina Salimovska (RAA Berlin -- Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V) kommt auf das Podium. Sie ist Schulmediatorin für Rom*nja und berichtet von den Ergebnissen ihrer Arbeit. Sie ist zuständig für die Kommunikation zwischen Familien und Schulen und versucht, Lösungsprozesse anzuregen. Eine häufig auftretende Schwierigkeit besteht darin, dass die einzelnen Parteien (Eltern, Lehrer*innen, Schule als Institution und Schüler*innen) nicht an einer gemeinsam erarbeiteten Lösung interessiert sind, was die Voraussetzung für eine Veränderung in einer Konfliktsituation ist. Die Eltern haben oft Angst vor der Schule und haben eigene Diskriminierungserfahrungen gemacht. **Miriam Camara** fragt, ob die Schüler*innen das, was ihnen in der Schule passiert, benennen können. **Sabina Salimovska** betont, dass es immer sehr hilfreich und nützlich ist, das direkte Gespräch mit der*m betroffenen Schüler*in zu suchen, um das Problem aus ihrer Perspektive zu erfassen. Die Kinder wünschen sich die Lösung des Problems und nicht selten haben sie Lösungsansätze für ihre Situation.

Petra Rosenberg ergänzt aus ihren eigenen Erfahrungen, dass einige Eltern und einige Schulen zunächst keine Gesprächsbereitschaft zeigen. In dem Fall führt sie zuerst Einzelgespräche.

Es kommen zum Podium Gabriele Koné (Fachstelle Kinderwelten für Vorteilsbewusste Bildung und Erziehung, Projekt: bestimmt bunt – Vielfalt und Mitbestimmung in der Kita); Izabela Zarebska (Alte Feuerwache e. V., Jugendbildungsstätte Kaubstraße; Projekt: Antiziganismus erkennen, benennen, entgegenwirken); Haroun Chahed (Stiftung SPI, Mobiles Beratungsteam Berlin – für Demokratieentwicklung)

Izabela Zarebska wird von **Miriam Camara** auf das „Methodenhandbuch zum Thema Antiziganismus“ angesprochen (Alte Feuerwache e. V. (Hrsg.), 2014, Berlin: Unrast Verlag).

Die erste Auflage wurde 2012 mit dem Ziel veröffentlicht, ein pädagogisches Konzept für die schulische und institutionelle Auseinandersetzung mit dem Thema Antiziganismus beziehungsweise Gadgé-Rassismus zur Verfügung zu stellen. Das Projekt begann seine Arbeit mit der Perspektive aus der Mehrheitsgesellschaft, wohingegen die Perspektive der Sinti*zze und Rom*nja mehrheitlich fehlte. Mittlerweile wird viel Wert auf eine multiperspektivische Sichtweise bezüglich Inhalten, Didaktik, Methodik und Sprache gelegt. Außerdem werden Seminare und Veranstaltungen für Jugendliche, Schüler*innen, Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen und Bildungsträger angeboten, die zum Thema Gadgé-Rassismus Aufklärungsarbeit leisten, entsprechende Bildungsmaterialien zur Verfügung stellen und sensibilisieren. Beispielsweise Rassismen und die dahinterliegenden stereotypischen Ideen sichtbar und greifbar zu machen, um damit ihre Reproduzierung zu unterbinden oder zu thematisieren. Die Mehrzahl der Seminarleiter*innen haben selber Rassismuserfahrungen gemacht.

Gabrielle Koné wird zum Thema Prävention/ Antidiskriminierung im Frühkindalter gefragt und ob es eine konkrete Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Gadgé-Rassismus gibt. Umgesetzt werden vor allem Fortbildungen/ Qualifizierungen für Pädagog*innen und Erzieher*innen in Kindertagesstätten, wie Krippen, Kitas oder Horte. Auch längere Prozessbegleitungen von Kindertagesstätten (bis zu zwei Jahren) werden dabei realisiert. Der zentrale Ansatz ist dabei die vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung. Konkrete Anfragen zu Gadgé-Rassismus gibt es kaum. Aktuell kam es überhaupt nur zu einer Meldung in diesem Kontext (in NRW), diese wurde aber nicht weiterverfolgt.

Haroun Chahed wird angefragt, ob es Gadgé-rassistisch begründete Vorkommnisse beim MBT gäbe. Generell werden menschenfeindliche Vorkommnisse innerhalb Berlins von Politik, Verwaltung, Polizei und verschiedenen Institutionen gemeldet. Der Umgang des MBT damit ist, sich zunächst den sozialen Raum und die Umgebung genauer anzuschauen, welche Akteure treten auf, welche Menschengruppen sind betroffen. Sie verfolgen einen allparteilichen Ansatz, lösungs- und ressourcenorientiert, sie machen keine Opferberatung. Insgesamt werden vor allem rechtspopulistische Vorkommnisse gemeldet. Einige Vorkommnisse, die dem Gadgé-Rassismus zu Grunde lagen, gab es auch. Als Beispiel nennt er einen Wohnraum, welcher unter anderem auch von einer Rom*nja Familie bewohnt wurde. Auch hier wurde zunächst der Sozialraum/ Begegnungsräume inspiziert, den Dialog mit Anwohner*innen und Bewohner*innen hergestellt und hospitiert. Manchmal sei auch die Überforderung von Fachpersonal und Sozialarbeiter*innen der Grund für diskriminierende

Übergriffe. Die Hauptaufgabe für das MBT besteht in der Beratung und im Sensibilisieren, das Konzept von Diversity ist die Grundlage dafür.

Eine Frage aus dem Publikum ist, wie die Mitarbeiter*innen des Mobilen Beratungsteams sensibilisiert werden. **Haroun Chahed** antwortet dazu, dass sie im Team mittels Reflektion und Supervision versuchen, auf dem aktuellen Wissensstand zu sein. Sie verfolgen den systemischen Ansatz und stellen ihr Team divers auf, das heißt die Mitarbeiter*innen haben unterschiedliche soziale und kulturelle Hintergründe. Explizite Schulungen für das Team gibt es aber nicht.

Hajdi Barz sagt dazu, dass Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja häufig nicht angefragt wird, nicht, weil er nicht existiert, sondern vielmehr, weil zum einen die Mehrheitsgesellschaft nicht sensibilisiert und reflektiert ist, beziehungsweise Gadgé-Rassismus kein Thema ist und zum anderen, weil Sinti*zze und Rom*nja keine starke Lobby besitzen. Hinzu kommt noch, dass die Gadgé-Diskriminierung auch historisch in Deutschland lange Zeit nicht akzeptiert wurde. Rassistisch begründete Vorkommnisse bei Sinti*zze und Rom*nja werden häufig individualisiert.

Hier fügt **Izabela Zarebska** hinzu, dass es anfangs bei den Fortbildungen wenig Wissen über das Leben der Sinti*zze und Rom*nja in Deutschland gibt, aber am Ende ein hoher Sensibilisierungsgrad der Teilnehmer*innen erreicht werden konnte.

Saraya Gomis fordert einen Prozess ein, der über den Begriff der Sensibilisierung weit hinausgeht. Es ist vielmehr wichtig sich der Professionalisierung des Schulraumes, der Organisationsentwicklung, der Schulmaterialien, dem Abbau von Barrieren zuzuwenden. Auch eine professionelle Verunsicherung der Pädagog*innen und Lehrer*innen sei hilfreich, um Diskriminierung vorzubeugen und dagegen vorzugehen. Gadgé-Rassismus muss sichtbar werden und Betroffene sollen sich nicht ausgeschlossen fühlen. Daher besteht die Notwendigkeit von seitens der Institutionen in einen Prozess der selbstkritischen Reflektion und Professionalisierung zu gehen.

Petra Rosenberg ergänzt, dass Schulen sich häufig weigern mit dem Thema auseinanderzusetzen und stattdessen Sinti*zze und Rom*nja als bildungsfern und bildungsunwillig abstempeln. Dabei handelt es sich um institutionellen Gadgé-Rassismus.

Auf das Podium kommt **Adriana Yordanova** (RAA Berlin -- Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V.), die in Kreuzberg-Friedrichshain in einem EU-Projekt zu frühkindlicher Bildungsintegration von Menschen aus Rumänien und Bulgarien arbeitet. Es geht dabei um Kooperationskitas, die Kinder aus rumänischen und bulgarischen

Familien aufnimmt, um damit den Zugang zum Bildungsangebot für die Kinder zu gewährleisten. Formal ist ab dem Moment der Vertragsunterschrift die Bildungsintegration erreicht. Sie ist für die Kommunikation zwischen den Kindern, Familien, Erzieher*innen und Pädagog*innen der Kitas sowie den Mitarbeiter*innen der Jugendämter zuständig. Ihrer Erfahrung nach sieht sie einen Bedarf seitens der Kindertagesstätten. Die Kommunikation zwischen den Eltern und der Kitas ist häufig von Verständnisproblemen geprägt und daraus resultiert leider oft Diskriminierung für die Familien mit Sinti*zze und Rom*nja Hintergrund. In der Folge werden Kitaplätze gekündigt oder Kündigungen werden als Drohungen eingesetzt. Damit haben Sinti*zze und Rom*nja einen noch schwierigeren Zugang zu den sowieso in Berlin sehr begehrten Kindertagesstätten.

Adriana Yordan sieht hier einen dringenden Handlungsbedarf für Schulungen, die einen antidiskriminierenden Umgang mit Menschen, die einen Sinti*zze und Rom*nja Hintergrund haben, fördern.

Gabriele Koné fordert zudem, dass Erzieher*innen, Pädagog*innen und Sozialarbeiter*innen den Anspruch an sich haben sollten, bestehende Machtverhältnisse und ihre eigenen Privilegien zu reflektieren.

Miriam Camara fragt nach der Wirksamkeit von Bildungsmaterialien und bei welchen Gruppen diese wie ankommen. Dazu antwortet **Hajdi Barz**, dass es nach der Veröffentlichung des Handbuchs vor zwei Jahren nur etwa drei Anfragen für Seminare gegeben hat. Es gibt nur wenige einzelne Interessierte und die sind häufig so vereinzelt im Team, dass eine wirkliche Auseinandersetzung im Team nicht zustande kommt. **Petra Rosenberg** fragt sich, wo eigentlich die Erzieher*innen, Pädagog*innen und Lehrer*innen heute bei diesem Vernetzungstreffen sind. Es ist wichtig, dass sich das ganze Team einer Kita oder einer Schule mit Gadjé-Rassismus auseinandersetzt, dass eine generelle Professionalisierung der Berufsgruppen, wie es auch schon Saraya Gomis gefordert hat, stattfindet. Es sollte ein Augenmerk daraufgelegt werden, an welchen Tagen und zu welchen Zeiten zukünftige Vernetzungstreffen stattfinden, damit auch unterrichtende Lehrer*innen und Pädagog*innen/ Erzieher*innen daran teilnehmen können. Gerade der persönliche Kontakt und Begegnungen sind sehr wichtig für einen Prozess der Veränderung. Stereotypen müssen überwunden werden. **Hajdi Barz** fügt hinzu, dass es auch strukturelle Schwächen gibt, wie begrenzte zeitliche Ressourcen oder kurzfristige Finanzierungen von Projekten, die dazu führen, dass bei der Bildungsarbeit und direkt bei den Kindern wenig ankommt. Dafür sollten wir gemeinsam an der Verbesserung von Strukturen arbeiten.

Diskussionsrunde: Empowerment und Partizipation fördern

Éva Ádám (Amaro Drom e. V. Projekt: Dikhen amen! Seht uns! – Empowerment und Sensibilisierung gegen Antiziganismus aus Sicht junger Roma und Sinti); Tayo Onutor (RhomaniPhen – das feministische Rhomani Archiv), Lukas Welz (Hildegard Lagrenne Stiftung, Projekt: Qualifizierungszentrum für Initiativen, Vereine und NGOs mit Romno-Hintergrund (Sinti und Roma))

Tayo Onutor stellt das feministische RomaniPhen Projekt im Hinblick auf Empowerment vor. RomaniPhen ist ein selbstorganisiertes feministisches Projekt. Sie sammeln in ihrem Archiv Texte, Audio- und Filmdateien und stellen den gesellschaftlich vielseitig vorherrschenden rassistischen Bildern von Romnja, Bildern, Geschichten, Biographien und Texte von Romnja als historische und aktuelle Akteure, die an der Gesellschaft partizipieren, entgegen. Die Sichtbarmachung von Romnja steht dabei im Vordergrund. Außerdem erarbeiten sie gemeinsame Ziele und Strategien für die Selbstpräsentation von Romnja für ein zivilgesellschaftliches Engagement oder politischen Aktivismus. Das Projekt ist sehr erfolgreich und hat eine Sichtbarkeit erreicht, die so vorher nicht bestanden hat. Auch international wird es mit seinen Empowerment-Ansätzen anerkannt. Sie sind mittlerweile mit zahlreichen Projekten und Festivals (z. B. in den USA, Spanien, Serbien) vernetzt. Sie organisieren Konferenzen, die Veranstaltung Romnja-Powerments (jährlich am 8. März zum Internationalen Tag der Frauen) und kooperieren mit unterschiedlichen Organisationen in Berlin. Vernetzung ist wichtig und wirkt verstärkend.

Lukas Welz wird nach Empowerment Aktivitäten oder Förderung von Empowerment in der Stiftungsarbeit gefragt. Die Hildegard Lagrenne Stiftung ist selbst auf Spenden und Förderungen angewiesen und kann daher finanziell andere Organisationen kaum unterstützen. Sie unterstützt aber beratend Organisationen, Projekte und Vereine, die selbstorganisiert sind. Zudem vergibt sie Stipendien für Aus- und Weiterbildungen. Es hat sich gezeigt, dass es immer noch Defizite in der Bildungsteilhabe von Sinti*zze und Rom*nja gibt. In den Qualifizierungszentren werden Programme für Workshops erarbeitet, es werden Seminare angeboten, auch allgemeines Wissen wird transferiert, zum Beispiel Vereinsrecht, Finanzen, Förderung, Öffentlichkeitsarbeit, Selbstreflexion. Empowerment Konzepte werden vorgestellt, letztlich richtet sich das Angebot auch nach dem Bedarf der Jugendlichen,

andererseits wurde auch beobachtet, dass die Angebote, den Bedarf wachsen lässt. In der letzten Zeit wurde ein großes Interesse an Vernetzung festgestellt.

Éva Ádám beschreibt ihre Arbeit und den Bezug zu den Jugendlichen. Das Projekt *Dikhen amen! Seht uns!* – Empowerment und Sensibilisierung gegen Antiziganismus aus Sicht junger Roma und Sinti – wurde 2015 gegründet. Seine Ziele sind Empowerment junger Sinti*zze und Rom*nja sowie Sensibilisieren gegen Gadgé-Rassismus. Jedes Jahr ist inhaltlich eindeutig definiert. Das erste Jahr war das Kennenlernen-Jahr, in dem der Bedarf der Jugendlichen gesammelt wurde. Im zweiten Jahr wurden erste Empowerment Projekte entworfen, das dritte Jahr hat sich ausgiebig mit dem Thema Sensibilisierung auseinandergesetzt. Im derzeitigen vierten Jahr werden Methoden für Multiplikator*innen erprobt (Workshops leiten und konzipieren; politische Bildungsarbeit), um zukünftig eigenverantwortlich und selbstorganisiert Projekte zu realisieren. Für das kommende Jahr ist ein Handbuch geplant. Außerdem wurde im Rahmen des Projekts ein Schutzraum geschaffen (*Opra Romnja*), in dem die Jugendlichen die Möglichkeit haben sich über Sexismus und Feminismus auszutauschen.

Es kommt **Olenka Bordo Benavides** (RAA Berlin) auf das Podium. Sie arbeitet als Koordinatorin für das Projekt „Morgen“, das für eine rassismuskritische und gewaltfreie Erziehung in Bildungsinstituten einsteht. Seit 2017 gibt es ein Pilotprojekt, „Empowerment Nachhilfe“. Dort unterstützen und begleiten Kolleg*innen mit Empowerment Erfahrung Mädchen mit Romnja Hintergrund (Klasse 1-7, insgesamt etwa 40 Mädchen) bei den Hausaufgaben. Außerdem veranstalten sie einjährige Treffen, in denen Familien (mit Rassismus Erfahrung) und Fachkräfte gemeinsam über die Entwicklungen im Bildungsbereich reflektieren und mögliche Gegenstrategien entwickelt werden.

Tayo Onutor spricht über die Erfolgchancen und Bedingungen von Empowerment-Prozessen. Langfristige Förderungen, die Selbstorganisation Sinti*zze und Rom*nja aus der Community sowie die Vernetzung und Kooperation mit anderen Gruppen hält sie für die zentralen Säulen des Gelingens. In diesem Kontext wird **Lukas Welz** aus dem Publikum gefragt, inwieweit sich die Hildegard Lagrenne Stiftung als Selbstorganisation von Sinti*zze und Rom*nja versteht. Der Vorstand, die Leitung und die Mitarbeiter*innen besteht unter anderem aus Menschen mit Sinti*zze und Rom*nja Hintergrund. Die Stiftung versteht sich nicht als Selbstorganisation, ihr ist es wichtig, Menschen aus der Community zu gewinnen, aber auch Menschen aus der Mehrheitsgesellschaft, die ebenfalls etwas verändern wollen und gegen Gadgé-Rassismus einstehen. Auch **Éva Ádám** spricht über das Gelingen des Projekts „*Dikhen amen! Seht uns!* – Empowerment und Sensibilisierung gegen Antiziganismus aus Sicht junger Roma und Sinti“. Die Jugendlichen haben das Projekt gut angenommen. Auch

ihre eigene Geschichte ist eine Erfolgsgeschichte. Sie hat selbst als 19-jährige Jugendliche im Verein Amaro Drom e. V. Empowerment Erfahrungen gemacht und steht heute als Projektleitung hier. Wichtig ist es, den eigenen Bedarf zu erkennen: Was empowert mich persönlich? Was brauche ich an Unterstützung/ Wissen? Der Austausch und die Vernetzung mit anderen Jugendlichen schafft Freiräume, Zusammenhalt und Autonomie.

Impressum

Herausgeberin:

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS)

Landes-Demokratiezentrum

Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

V.i.S.d.P.:

Pressestelle der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Telefon: 030 – 9013-3622

E-Mail: pressestelle@senjustva.berlin.de

Diese Veröffentlichung ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Landes Berlin. Sie ist nicht zum Verkauf bestimmt und darf nicht zur Werbung von politischen Parteien verwendet werden.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

Berlin, 2020